

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, heute bei der Veranstaltung dieses vielfältigen Bündnisses für eine solidarische Gesellschaft sprechen zu können.

Es ist großartig, dass so zahlreiche Organisationen ihre Forderungen gemeinsam auf die Straßen tragen. Wir danken auch allen für ihre Solidarität gegen den Angriff der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, die versuchte das Bündnis zu spalten und das Palästina-Komitee hinauszudrängen. Diese Solidarität ist wichtig, denn solche Angriffe treffen genauso viele andere migrantische und linke Organisationen.

Das Motto *Unteilbar* hat für uns Palästinenser eine besondere Bedeutung. Bei der Nakba, das heißt der Vertreibung von zwei Dritteln unseres Volks und der ethnischen Säuberung *Palästinas* im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels, wurde ein großer Teil der Palästinenser zu Flüchtlingen gemacht.

Seit dem Jahr 1948, das heißt seit mehr als 70 Jahren leben Palästinenser, getrennt durch Grenzen, die die Kolonialisten errichtet haben. Im Gebiet des historischen Palästina spaltet die israelische Herrschaft sie in Gruppen: In Westbank, Gazastreifen und Jerusalem mit ihren großen Flüchtlingslagern stehen sie unter israelischer militärischer Besatzung, innerhalb der Grünen Linie von 1948 besitzen sie zwar israelische Pässe, unterliegen jedoch genauso Apartheidgesetzen, oft sind diese palästinensischen Staatsbürger Israels interne Flüchtlinge, die nicht in ihre Häuser zurückkehren dürfen, ein großer Teil der Palästinenser lebt außerhalb Palästinas, in Jordanien, in den Flüchtlingslagern des Libanons, Syriens und in anderen Ländern der Region.

In Stuttgart leben heute viele Palästinenser. Sie sind geflohen vor Kriegen, die oft vom Westen in die Region getragen wurden. Sie kommen auch aus Gaza, das infolge von Überbevölkerung seit 1948 und einer mehr als 15-jährigen völkerrechtswidrigen Blockade unbewohnbar geworden ist. Den Weg in die EU erreichten sie auf den bekannten gefährlichen Wegen übers Mittelmeer meistens nach Griechenland und Italien.

Dabei ist anzumerken, dass die EU-Grenzen immer stärker aufgerüstet werden mit Gerät, das viele Palästinenser kennen aus den Kriegen gegen den Gazastreifen, es handelt sich um die Kampf-Drohnen der israelischen Militärfirmen Elbit und Israel Aerospace Industries. Diese Drohnen wurden vorher an uns getestet und ließen Blut fließen.

Für die israelischen Regierungen sind die Palästinenser ein demographisches Problem, sie stören in einem Staat nach ethnischen Prinzipien, einer Vorstellung, die der Auffassung der europäischen Rechten entspricht. Die Nakba geht weiter mit allen möglichen Mitteln. Diese Situation führt den Palästinenser vor Augen, dass es ohne die Einlösung ihrer Rechte auf Selbstbestimmung, Rückkehr und Befreiung, ohne die Abschaffung des israelischen Apartheidsystems und der israelischen Besatzung keine friedliche Perspektive gibt.

Ein Beispiel für die Unteilbarkeit der Palästinenser ist die Intifada der Einheit im Mai dieses Jahres in Palästina. Die gespannte Situation infolge von Vertreibungsversuchen des Staates Israel und israelischer Siedler, die unerträglichen Lebensverhältnisse im Gazastreifen und der Überfall von israelischen Soldaten und rechten fanatischen Siedlern auf Betende in der Al-Aksa-Moschee beantworteten die Palästinenser mit Protesten im gesamten Land. Der Aufstand zeigte der israelischen Regierung, dass eine geeinte palästinensische Bevölkerung die Herrschaft der israelischen Unterdrücker an ihre Grenzen bringen kann.

Die Intifada der Einheit gipfelte in einem Generalstreik am 18. Mai, an dem sich Millionen Palästinenser beteiligten. Die Streikenden formulierten dabei klar, dass sie ihre Befreiung unteilbar verbunden sehen mit den Bewegungen aller Unterdrückten für Befreiung.

In der Erklärung dieses Generalstreiks der Würde und Hoffnung heißt es:

„Diese Intifada wird eine lange Intifada sein in den Straßen Palästinas und in den Straßen der ganzen Welt; eine Intifada, die die Hand der Ungerechtigkeit bekämpft, wo immer sie zu greifen versucht, die die Schlagstöcke der grausamen Regime bekämpft, wo immer sie zuzuschlagen versuchen.

Tragisch ist: In der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik ist von einem Widerstand der Palästinenser gegen Unterdrückung praktisch nicht die Rede. Ganz im Gegenteil: Die vielen Demonstrationen, auf denen Palästinenser im Frühjahr mit Jüdinnen und Juden, Kurden, Türken und vielen anderen friedlich gegen das brutale Vorgehen des Staates Israel demonstrierten, waren kein Thema.

Die Palästinenser und anderen Migranten, die ihre Verurteilung von israelischen Kriegsverbrechen auf die Straße trugen, wurden in einen Topf geworfen mit einzelnen tatsächlich antisemitischen Vorfällen und bekamen allesamt den Stempel Antisemiten.

Einen Gipfel der Diffamierung erreichte ausgerechnet der Grünen-Politiker Cem Özdemir. Er zitierte die ehemalige israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, die 2 Jahre nach der Nakba die Existenz der Palästinenser leugnete, mit dem Spruch: „Frieden wird es erst geben, wenn sie (die Araber) ihre Kinder mehr lieben als sie uns hassen.“ Lieber Özdemir, Es ist traurig, dass Sie hinter Kolonialisten und Besatzern stehen, wir sagen Ihnen, je mehr wir unsere Kinder lieben desto mehr werden wir unsere Unterdrücker hassen. Das Zitat Golda Meirs entspricht dem verächtlichen Bild, das der Stuttgarter DIG-Vorsitzende Oliver Vrankovic verbreitet, wenn er das in der gesamten Region getragene Tuch, für das die Palästinenser bekannt sind, als „Terrorlappen“ bezeichnet.

Palästinenser, Araber, Kurden und viele andere Bevölkerungsgruppen aus der Region werden zu gewalttätigen Barbaren erklärt, wenn sie für ihre Rechte kämpfen. Für diese Diffamierungen werden die Antisemitismusbeauftragten Felix Klein und Michael Blume nach Bedarf von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft geholt und beauftragt, um die israelischen Verbrechen gegen die Palästinenser zu legitimieren.

Özdemir, Klein, Blume und viele anderen Politiker gießen Öl ins Feuer der Hasspropaganda, mit der die rechten Parteien und Politiker gegen Flüchtlinge und Migranten hetzen. Wer Flüchtlinge und Migranten ins Zentrum der Antisemitismuskommunikation rückt, lenkt ab von denen, die für den größten Teil von antisemitischen Vorfällen verantwortlich sind – den Rechtsextremisten. Die AFD profitiert

von der Beschwörung eines israelbezogenen Antisemitismus. Die AFD-Politiker präsentieren sich als Kämpfer für Israel und schleichen sich in die Mitte der Gesellschaft mit ihrer widerlichen Leugnung der deutschen Geschichte.

Die verzerrte Diskussion um Israel und den Widerstand der Palästinenser schafft eine brandgefährliche Situation in der BRD, vor allem für Migranten und Flüchtlinge.

- Gebt den Rechten keine Chance: Nicht den israelischen, nicht den türkischen, nicht den europäischen und schon gar nicht den deutschen.
- -Stoppen wir mit aller Entschiedenheit die Diffamierung von Migranten und Flüchtlingen
- Solidarisieren wir uns mit ihnen im Kampf für ihre Rechte. .
- Solidarisieren wir uns mit ihnen in ihrem Kampf gegen die Ursachen, die zu ihrer gefährlichen Flucht führten.
- -Hoch die internationale Solidarität